

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

eigentlich werden wir heute mit diesem Gesetzentwurf vor vollendete Tatsachen gestellt, denn der entsprechende Staatsvertrag wurde ja bereits am 25. August von den beiden Landesregierungen unterzeichnet. Wir würden uns deshalb wünschen, dass an dieser Stelle das Mitspracherecht des Parlamentes erweitert wird und vor allem die Fachausschüsse in die Erarbeitung von Staatsverträgen frühzeitig eingebunden werden.

Insofern können wir heute nur eine nachträgliche Bewertung vornehmen. (Und da verwundert mich schon die Kritik des Justizministers bezüglich der Errichtung der JVA Heidering. Denn die Linke und die SPD in Berlin haben ja den Bau dieser JVA massgeblich vorangetrieben und dies ja auch im Berliner Koalitionsvertrag festgeschrieben)

Richtig ist, der Bau der JVA Heidering war und ist stark umstritten. Es ist der Bevölkerung kaum erklärbar, warum das Land Berlin in Brandenburg für 120 Millionen Euro ein neues Gefängnis baut, während Brandenburg über freie Haftkapazitäten verfügt.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass es zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Bau der JVA Heidering eine völlig andere Ausgangssituation im Strafvollzug in beiden Ländern gab. Herr Minister Schöneburg wird mir sicherlich Recht geben, eine realistische Prognose für die zukünftige Auslastung von Haftkapazitäten kann man nur für einen Zeitraum von 5-6 Jahren vornehmen.

In Brandenburg waren 2005 lediglich 10% der Haftplätze nicht belegt. Es gab also damals nicht genügend freie Kapazitäten für die Aufnahme von Berliner Gefangenen. Trotzdem senkte 2005 die damalige Justizministerin Beate Blechinger im damaligen Vollzugsentwicklungskonzept die Anzahl der

Haftplätze von 2700 auf 2365 und beendete den geschlossenen Vollzug in der JVA Spremberg. In der Rückschau kann man heute sagen, das war eine völlig richtige Entscheidung der damaligen Justizministerin. Auf ein solches Vollzugskonzept von Ihnen, Herr Justizminister, warten wir bis heute!

(Heute den damaligen Justizministern Untätigkeit vorzuwerfen ist deshalb unredlich. Die Justizminister Kurt Schelter, Barbara Richstein und Beate Blechinger haben mit einem beispiellosen Modernisierungsprogramm die Gefängnisse in Brandenburg sicherer gemacht, die Arbeitsbedingungen der Justizbeschäftigten maßgeblich verbessert und den Strafvollzug in Brandenburg menschenwürdig gemacht. Sie haben damit das Reisebüro Bräutigam geschlossen! Dafür gebührt ihnen unser Dank, unser Respekt und unsere Anerkennung!)

Dagegen herrschten und herrschen in Berlin bis heute ganz andere Verhältnisse. Zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Bau der JVA Heidering im Jahr 2007 gab es in Berlin ein Allzeithoch von 5600 Gefangenen und man prognostizierte einen jährlichen Anstieg der Gefangenenzahlen von 3 %. Überbelegung und zu kleine Zellen führen seit Jahren dazu, dass in Berlin Gefangene rechtswidrig und teilweise verfassungswidrig untergebracht werden. Wer sich davon einmal ein Bild machen möchte, sollte einmal die JVA Tegel besuchen. Von daher war zum damaligen Zeitpunkt die Entscheidung über den Bau der JVA Heidering nachvollziehbar.

Bis zum Jahr 2010 ereignete sich dann aber eine einmalige Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen rund um die JVA Heidering.

Erst stieg der Baukostenrahmen von 85 Millionen Euro auf 118,5 Millionen Euro, dann verzögerte sich der Baubeginn, es gab Altlasten im Boden und dann auch noch einen Baustopp wegen eines Rechtsstreites um eine Ausschreibung, so dass

vor einem Jahr selbst der Berliner SPD Fraktionsvorsitzende Michael Müller das Projekt in Frage stellte.

Zu diesem Zeitpunkt war auch klar, dass Brandenburg über genügend freie Haftkapazitäten auch für Berliner Gefangene verfügt. Das Angebot des Brandenburger Justizministers an Berlin, diese Haftkapazitäten zur Unterbringung von Berliner Gefangenen zu nutzen, war deshalb ein Schritt in die richtige Richtung.

Doch damit begann leider auch das Trauerspiel zwischen der Berliner Justizsenatorin von der Aue und dem Brandenburger Justizminister. Berlin und Brandenburg fanden leider im Strafvollzug keinen Weg zueinander und keine Lösung füreinander!

Die Wortwahl und der Umgang der Beteiligten spricht ja da schon Bände. Ich möchte hier nur mal eine Äußerung der Berliner Justizsenatorin wiedergeben. Sie sagte: „Jetzt kommt Brandenburg, wie Kai aus der Kiste und macht dieses Angebot. Ich finde es schade, dass die guten Beziehungen, die Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet des Justizvollzuges pflegen, hierdurch gestört werden.“ Zitatende

Beendet wurde dieses Trauerspiel dann mit einem Machtwort vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, der über die Medien der Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg im Strafvollzug eine Absage erteilte. Das ist oder war leider die traurige Realität der Zusammenarbeit zweier rot-roter Landesregierungen. Man kann nur hoffen, dass mit der neuen Regierungskoalition in Berlin ein Stück Normalität in die Rechtspolitik beider Länder einzieht.